Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Sinkende Reallöhne Jedem fünften Briten droht Armut
2. Nichts zu erwarten: Debatte über neue Entlastungen
3. Russland exportiert in EU-Länder Öl und Gas auf Hochtouren – Deutschland zahlt
4. Wegen Ukraine-Krieg: USA haben Munitionsprobleme
5. Die Stimme aus dem Donbass (VIII): Westliche Söldner im Einsatz gegen Lugansk und Donezk
6. Größenwahn träumt von Leadership: Baerbocks Salto
7. Die beschränkten Narrative des Westens
8. Klare Kante gegen Chatkontrolle: FDP-Papier bringt Innenministerin Faeser in Zugzwang
9. Geheime SMS: Christian Lindners Porscheproblem
10. Doch kein "Querdenker"? Tagesschau rudert bei Grünen-Urgestein Ströbele zurück
11. NDR: Abwehren, Abwiegeln, Abtauchen
12. Immunologe Radbruch: Kein Grund zu übereilter Einführung neuer Corona-Impfstoffe
13. Unstatistik des Monats: Wissenschaftler zerlegen Masken-Studie

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Sinkende Reallöhne Jedem fünften Briten droht Armut**
   Die explodierenden Preise für Energie und Lebensmittel werden die Armut in Großbritannien drastisch verschärfen, lautet das Ergebnis einer Studie. Fast jeder fünfte Einwohner könnte betroffen sein.
   Aufgrund der derzeit ungebremst anziehenden Kosten für Energie und Lebensmittel und den anhaltend steigenden Verbraucherpreisen wird die Armut in Großbritannien

einer neuen Studie zufolge deutlich zunehmen. Setze die künftige Regierung die bisherige Politik fort, werde die Zahl der Menschen in absoluter Armut bis zum Haushaltsjahr 2023/24 (31. März) um drei auf 14 Millionen steigen, teilte die Denkfabrik Resolution Foundation (RF) heute mit. Das wäre fast jeder Fünfte der 67 Millionen britischen Einwohner.
Quelle: tagesschau

2. **Nichts zu erwarten: Debatte über neue Entlastungen**
Seit Donnerstag gibt es den viel gescholtenen Tankrabatt nicht mehr, und die Preise für Benzin und Diesel haben gleich am Morgen einen kräftigen Sprung nach oben gemacht. Zugleich ist das Neun-Euro-Ticket ohne Nachfolgeregelung ausgelaufen. Günstiges ÖPNV-Fahren ist damit auch keine Alternative mehr. Die kriegs- und krisenbedingte Inflation schlägt also auch im Mobilitätsbereich wieder voll durch und treibt immer mehr Menschen in die Armut. Wie die Bundesregierung nun für Entlastung sorgen will, bleibt bislang jedoch das Geheimnis der Kabinettsmitglieder. Jedenfalls muss in den nächsten Tagen was kommen, so voll wie Scholz, Habeck, Lindner und Co. den Mund genommen haben, nachdem sie der Bevölkerung im Nachgang der zweitägigen Kabinettsklausur auf Schloss Meseberg erst mal rein gar nichts anzubieten hatten. Viel wird es dennoch nicht werden. Die Diskrepanz zwischen der Stärke der das Paket umschreibenden Worte hochrangiger Regierungsmitglieder und den tatsächlichen Inhalten wird enorm sein. Der Finanzminister hat es bereits vorgemacht, als er von einem »wuchtigen Paket« sprach – und zugleich die finanziellen Spielräume dafür im einstelligen Milliardenbereich verortete.
Quelle: junge Welt

dazu: **Gezerre um Entlastung**
Bundesregierung kündigt neues »Paket« an und streitet über Maßnahmen
Neun-Euro-Ticket und Tankrabatt sind ausgelaufen, ohne dass es Nachfolgelösungen gäbe. Die Preise für Benzin und Diesel an der Zapfsäule gingen am Donnerstag deswegen bereits wieder deutlich nach oben. Nun ruhen viele Hoffnungen auf neuen Entlastungen. Ein entsprechendes Maßnahmenpaket hatte die Bundesregierung bereits angekündigt. Auf konkrete Inhalte konnten sich die Kabinettsmitglieder im Rahmen ihrer Klausurtagung auf Schloss Meseberg diese Woche jedoch nicht einigen. Die Arbeiten an dem Paket würden aber bald abgeschlossen werden, stellte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach der Tagung am Mittwoch in Aussicht. »Maßgeschneidert« sollen die Maßnahmen demnach sein. Und dafür sorgen, dass Bürger und Unternehmen »diese schwierige Zeit gut durchstehen können«. Die Zuversicht des Kanzlers teilt auch SPD-Vorsitzende Saskia Esken, laut der die Menschen im Land »in Kürze« mit Entlastungen rechnen dürfen: »Wir werden in den

nächsten Tagen das Entlastungspaket zu Ende beraten und beschließen«, sagte sie am Donnerstag.
Quelle: junge Welt

dazu auch: **Die Entlastung kommt! Versprochen! (Nur nicht beim Tanken und Bahnfahren)**
Wer am gestrigen Mittwochabend tanken wollte, musste Geduld mitbringen. Wenige Stunden vor dem Ende des sogenannten Tankrabatts stauten sich die Autos an den Zapfsäulen. Zu Recht, wie sich heute zeigte. Schon am heutigen Morgen lag der Dieselpreis bei einem Großteil der Tankstellen deutlich jenseits von 2,10 Euro. Im Netz kursierten Fotos von Preistafeln, die einen Literpreis von mehr als 2,30 Euro auswiesen. Superbenzin E10 lag über zwei Euro. Ist das ja jetzt schon der "Kriegssoli", den Baden-Württembergs Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) mal ins Spiel gebracht hat?
Auf jeden Fall wird die Bundesregierung in Bedrängnis kommen. Zwar sind – offenbar gegen den Widerstand der Liberalen – einige Entlastungen für bedürftige Bürgerinnen und Bürger beschlossen worden. Die breite Bevölkerung aber wird von den Folgen von Krieg und Sanktionen heftig betroffen sein.
Es ist zu vermuten, dass die Solidarität mit der Ukraine – mit wem eigentlich konkret dort? – an Wirkkraft in dem Maße verlieren wird, wie die Geldreserven auf den Privatkonten schwinden, Hortfahrten der Kinder abgesagt und Urlaube gestrichen werden müssen.
Quelle: Telepolis

3. **Russland exportiert in EU-Länder Öl und Gas auf Hochtouren – Deutschland zahlt**
   Russland exportiert in viele EU-Länder Öl und Gas auf Hochtouren – und Deutschland kauft dann womöglich von Norwegen – ohne es zu wissen – russisches Öl und Gas. Denn Deutschland hält sich brav an die Sanktionen – andere EU-Länder hingegen fordern härtere Sanktionen gegen Russland, verdienen aber womöglich prächtig an Deutschlands Naivität!
   Quelle: finanzmarktwelt
4. **Wegen Ukraine-Krieg: USA haben Munitionsprobleme**
   Die Unterstützung für die Ukraine leert die Munitionslager in den USA. Regierungsbeamte schlagen nun Alarm.
   Der Krieg in der Ukraine hat die amerikanischen Munitionsbestände erschöpft – so stark, dass das Pentagon mit dem Auffüllen der Lager nicht hinterherkommt. Wie das "Wall Street Journal" berichtet, warnen US-Beamte nun davor, dass die eigene

Verteidigungsfähigkeit nicht mehr gewährleistet werden könne.
Kein Land der Welt hat die Ukraine so kontinuierlich mit Waffenlieferungen unterstützt wie die USA. Die Biden-Administration kündigte in dieser Woche an, dass sie fast drei Milliarden Dollar für langfristige Hilfe für die Ukraine bereitstellen würden. Die Gesamtausgaben für Militärhilfen an Kiew belaufen sich damit auf 14 Milliarden Dollar.
Die sich abzeichnende Munitionsknappheit ist nicht auf einen Mangel an Mitteln zurückzuführen, erklärten Insider der Zeitung. "Das war absehbar. Es war vorhersehbar. Es wurde vorgewarnt, auch von führenden Vertretern der Industrie an das Pentagon. Und es war leicht zu beheben", sagte Mackenzie Eaglen von der US-Denkfabrik American Enterprise Institute in Washington.
Quelle: t-online

5. **Die Stimme aus dem Donbass (VIII): Westliche Söldner im Einsatz gegen Lugansk und Donezk**
   Schon seit der Antike ist bekannt, dass Söldnerheere trotz professioneller Ausbildung in erster Linie auf Geld angewiesen sind, weshalb sie niemals die entscheidende Rolle im Kampf spielen, aber oft Verrat begehen – und verraten werden können. Aus welchen Ländern kommen sie in die Ukraine, um unter deren Flagge und bezahlt im Donbass zu kämpfen?
   Am 27. Februar 2022 verkündete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die Gründung einer neuen Einheit – der Fremdenlegion zur Territorialen Verteidigung, die aus ausländischen Söldnern besteht. Außerdem führte er für sie visafreien Reiseverkehr ein. Alle Freiwilligen sollten sich in ihren Ländern in den betreffenden Botschaften der Ukraine melden.
   Der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, betonte bei einer Sitzung des Sicherheitsrates, dass der Westen den Völkerrechtsbruch nicht verberge, indem er die Söldner in die Ukraine offen versetze, was auch der Genfer Konvention widerspreche.
   Normalerweise ziehen die „War-Dogs", die „Hunde des Krieges", wohin sie wollen, aber die Besonderheit dieses geopolitischen Krieges besteht darin, dass Albanien, Belgien, Grossbritannien, Dänemark, Deutschland, Japan, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen und Schweden (und Tschechiens, Red.) ihren Bürgern legal erlauben, an Kriegshandlungen auf dem Gebiet der Ukraine teilzunehmen. Dabei haben „die berufsmässigen Gewalttäter" den offiziellen Status von Kontraktsoldaten.
   Quelle: Globalbridge
6. **Größenwahn träumt von Leadership: Baerbocks Salto**
   Eine Trampolinspringerin sollte es wissen. Am Ende kommt die Landung. Soweit denkt die deutsche Außenministerin aber nicht. Sie genießt den freien Flug im

Zeitlupenmodus. Es muss etwas Rauschartiges sein, was sie da oben glauben lässt, der Ukraine-Krieg sei der günstige „transatlantische Moment“, in dem Deutschland mehr Verantwortung für die Neuordnung der Welt übernehmen könne. Geführt vom überseeischen großen Bruder und tonangebend in einer EU, die sich der herübergekabelten „regelbasierten“ Westwertedoktrin befleißigt. 1989 hätte US-Präsident Bush Deutschland das Angebot einer „Partnership in leadership“ unterbreitet, memorierte Baerbock jüngst bei einem Auftritt in der New Yorker New School. Jetzt sei der Moment da, eine solche „Führungspartnerschaft“ einzugehen, und „es obliegt meinem Land innerhalb der Europäischen Union, das maßgeblich (sic!) mit voranzubringen“. Es folgte eine Kaskade apodiktischer Weltbetrachtungen, die die Realität nach ideologischem Gusto modellieren und Baerbocks Eingangsparole „Wir müssen bereit sein, die Welt auch aus dem Blickwinkel von Menschen zu sehen, die unsere Meinung nicht teilen“ ins Reich der Demagogie verweisen.
Quelle: Hartmut König in unsere zeit

7. **Die beschränkten Narrative des Westens**
Ein auf China spezialisierter Think-Tank in Berlin warnt davor, die Volksrepublik ähnlich wie Russland international isolieren zu wollen. Die Haltungen zu China jenseits Europas und Nordamerikas unterschieden sich ganz erheblich „von den Mainstream-Narrativen“ in der westlichen Welt, heißt es in einer Analyse des Mercator Institute for China Studies (MERICS); es sei „von hoher Bedeutung“, zu verstehen, wie „Akteure außerhalb der einschlägigen Gruppe reicher, liberaler Marktwirtschaften“ die globalen Kräfteverschiebungen einstuften und wie sie über Europa dächten. Tatsächlich wird das äußerst negative Urteil der westlichen Öffentlichkeit über China jenseits des Westens weithin nicht geteilt; vielmehr genießt die Volksrepublik zuweilen sogar deutlich größere Popularität als die Vereinigten Staaten. Bei nichtwestlichen Eliten wird Beijing gewöhnlich geschätzt, weil es Regierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika nicht belehrt und weil der chinesische Markt und chinesische Investitionen gewaltige Chancen bieten. Wolle die EU nicht gegenüber Beijing zurückfallen, dann müsse sie energisch aktiv werden, urteilt MERICS.
Quelle: German Foreign Policy

dazu auch: **Reale Nähe, Zwang zur Distanz**
Gleich von »mehr als einem halben Dutzend hochrangiger Regierungsmitglieder« hat das Handelsblatt es sich bestätigen lassen: Das Bundeswirtschaftsministerium unter Robert Habeck, so berichtete es die Zeitung Ende vergangener Woche, bereitet einen Kurswechsel im Umgang mit China vor. Bislang ist es so, dass zwar chinesische Investitionen in der Bundesrepublik untersagt werden können, wenn sie aus Sicht der Bundesregierung chinesischen Investoren einen allzu großen Einfluss in sensiblen

Bereichen verschaffen. So zieht Habeck zur Zeit ein Veto gegen den Einstieg des chinesischen Terminalbetreibers Cosco beim Hamburger Containerterminal Tollerort in Betracht. Deutsche Unternehmen aber können aus Berliner Sicht in China investieren, wo sie wollen – ganz wie in jedem anderen Land. Bislang jedenfalls. Geht es nach Habeck, könnte sich das ändern.
Quelle: junge Welt

8. **Klare Kante gegen Chatkontrolle: FDP-Papier bringt Innenministerin Faeser in Zugzwang**
   Chatnachrichten durchleuchten, private Fotos scannen: Für die FDP-geführten Ministerien kreuzt die von der EU-Kommission geplante Chatkontrolle an vielen Stellen „rote Linien“. Ein internes Dokument zeigt, die Bundesregierung ist sich bei dem Thema nicht ganz einig.
   Die FDP-geführten Bundesministerien machen offenbar intern Druck auf die Bundesregierung, denn die von der EU-Kommission geplante Chatkontrolle geht ihnen zu weit. Das wird aus einer Liste von „roten Linien“ deutlich, die das Justizministerium und das Digitalministerium laut Tagesspiegel Background an das SPD-geführte Innenministerium geschickt haben. (Wir veröffentlichen die Liste im Volltext.)
   Mit Chatkontrolle sind Pläne der EU-Kommission gemeint, um die Verbreitung von Aufnahmen sexualisierter Gewalt gegen Kinder zu bekämpfen.
   Quelle: netzpolitik.org
9. **Geheime SMS: Christian Lindners Porscheproblem**
   Christian Linder rückt seine SMS mit dem Porsche-Chef nicht heraus, das Finanzministerium will sie für irrelevant erklären. Das ist Transparenzverweigerung auf höchster politischer Ebene und kann gefährliche Folgen haben. Ein Kommentar.
   Es ist die SMS eines Beamten, die in der dänischen Serie „Borgen – Macht und Ruhm“ den Skandal auslöst. Hat die Außenministerin das Parlament über ein Milliarden-Ölgeschäft belogen? Journalist:innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks veröffentlichen die Kurznachricht, die das nahelegt. Das Außenministerium hatte sich wegen des starken Informationsfreiheitsgesetzes nicht dagegen wehren können. Es folgt ein politisches Erdbeben, dass der Ministerin fast ihren Jobs kostet.
   Eine solche Geschichte wie aus der Serie ist in Deutschland derzeit unmöglich. Die Bundesregierung verweigert kategorisch, SMS und Messengernachrichten über Signal und WhatsApp zu den Akten zu nehmen. Dabei spielt Handykommunikation politisch eine unglaublich wichtige Rolle, das zeigt die Affäre um die SMS des Finanzministers Christian Lindner.
   Quelle: netzpolitik.org
10. **Doch kein “Querdenker”? Tagesschau rudert bei Grünen-Urgestein Ströbele**

zurück
Hans-Christian Ströbele verstarb am 29. August in Berlin. Ohne Frage war der Rechtsanwalt und spätere Mitbegründer der Partei "Die Grünen" bis zuletzt ein Paradebeispiel für die immer seltener werdende Spezies eines unbestechlichen und vor allem glaubwürdigen Berufspolitikers. Die Berliner taz, die Ströbele ebenfalls Ende der 1970er Jahre mit aufbaute, schrieb über ihn, dass seine gefürchtete Integrität "in seiner bis zur Sturheit gehenden Beharrlichkeit begründet" war, die ihn "gegenüber dem Heer von Opportunisten in der Politik auszeichnete".
Die Tagesschau des öffentlich-rechtlichen Senders ARD schrieb in einem ersten Nachruf, dass Ströbele "für seine Partei stets unbequem war", um dann diesen Beitrag mit der Überschrift zu krönen:

> "Zum Tod Ströbeles: Ein Querdenker, der seinem Gewissen folgte."

Der Beitrag wurde am 31. August um 12:12 Uhr auf der Webseite der Tagesschau veröffentlicht. Man kann nur Mutmaßungen darüber anstellen, ob die Autorin Kerstin Breinig womöglich selbst siedend heiß ein Schreck bei einem Erkenntnisblitz durchfuhr oder ob Kollegen der Tagesschau-Redaktionsleitung sie auf eine heute medienpolitisch untragbare Formulierung hinwiesen. Denn auch in dem folgenden Text hieß es dort noch:

> "Sein letzter Sieg: die öffentliche Anhörung der Geheimdienstchefs im Bundestag. 2017 tritt er nicht mehr an. Hans-Christian Ströbele – ein Querdenker, der nur seinem Gewissen gefolgt ist."

Offenbar wurde kurze Zeit später redaktionell beschlossen, dass der Beitrag überarbeitet werden, also korrigiert werden muss. Der Stein des Anstoßes war natürlich das Wort "Querdenker". So hieß die modifizierte Schlagzeile dann ab 13:55 Uhr politisch korrekt:

> "Zum Tod Ströbeles: Einer, der seinem Gewissen folgte."

Auch der dazugehörigen Artikeltext heißt nun korrigiert: "(…) 2017 tritt er nicht mehr an. Hans-Christian Ströbele – einer, der nur seinem Gewissen gefolgt ist." Was störte

die Tagesschau-Redaktion an dem Wort "Querdenker", zu deren Begriffserklärung es auf der Seite des digitalen Duden ursprünglich lediglich hieß:

> "jemand, der eigenständig und originell denkt und dessen Ideen und Ansichten oft nicht verstanden oder akzeptiert werden."

Die Korrektur musste vermutlich erfolgen, weil der anscheinend schon vor längerer Zeit für diesen traurigen "Tag X" im Tagesschau-Archiv vorbereitete Beitrag über Ströbele nun heute nicht mehr dem Zeitgeist der Mainstream-Medien nach Coronazeiten entsprach.
Quelle: Bernhard Loyen in RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Verstorbene können sich nicht wehren. Aber was sich die "tagesschau" hier mal wieder leistet, ist auch eine Art Trauerspiel.*

11. **NDR: Abwehren, Abwiegeln, Abtauchen**
Beim NDR hat eine Zensur-Debatte ein regelrechtes Erdbeben ausgelöst. Die Belegschaft ist fassungslos, Oppositionspolitiker werfen dem Sender vor, Kritik an der Regierung zu unterbinden und kritische Autoren einzuschüchtern.
In den ARD-Führungsetagen ist derzeit nichts so inflationär wie die Phrase von der „rückhaltlosen Aufklärung". Während sich beim zunächst nur von Investigativ-Journalisten verschafften Blick hinter die Kulissen des RBB immer neue Abgründe auftaten, sahen die Verantwortlichen des Öffentlich-Rechtlichen Senderverbunds erst weg, gaben sich dann überrascht und entsetzt – und stellten die Skandal-Anstalt zugleich als Ausnahmefall hin.
Doch das Feuer, das beim RBB schon lange lodert, könnte endgültig zum Flächenbrand für ein Rundfunksystem werden, das sich über Jahrzehnte immer weiter von seiner Grundidee entfernt und einer wirksamen Kontrolle entzogen hat. Nach dem Hauptstadtsender RBB sieht sich nun auch der Norddeutsche Rundfunk (NDR) massiven Vorwürfen gegenüber. Und beides, so steht zu vermuten, könnte nur Spitze des Eisbergs sein.
Quelle: Welt Online

dazu: **NDR: Mitarbeiter wollen Klarheit über politische Machenschaften**
Über 70 Journalisten des Landesfunkhauses Kiel haben einen Offenen Brief an die Leitung des Senders geschrieben. Sie seien „schwer erschüttert".

Quelle: Berliner Zeitung

dazu auch: **Kritische Berichte unterdrückt? NDR suspendiert Politik-Chefin und Chefredakteur**
Kurz nach dem Skandal um die RBB-Senderspitze muss auch der NDR um seinen guten Ruf fürchten. Mitarbeiter werfen Politik-Chefin Stein und Chefredakteur Lorentzen gezielte Unterdrückung allzu kritischer Berichte vor. Beide werden nun abberufen, bis die Hintergründe aufgeklärt sind.
Quelle: n-tv

12. **Immunologe Radbruch: Kein Grund zu übereilter Einführung neuer Corona-Impfstoffe**
Sind die neuen Impfstoffe wirklich besser als die bisherigen? Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach wäre gut beraten, klinische Daten zur Wirksamkeit neuer Corona-Impfstoffe abzuwarten, sagt der Immunologe Prof. Andreas Radbruch in SWR2. Die europäische Arzneimittelbehörde EMA steht kurz vor der Zulassung weiterer Impfstoffe von Biontech und Moderna, die auf die Omikron-Variante BA.1 abgestimmt sind.
Die europäische Zulassung schließe ein, dass die neuen Impfstoffe auf Sicherheit geprüft seien und eine Immunantwort auslösen würden, sagt Radbruch. Unklar sei bisher dagegen, ob sie wirklich besser seien als die bereits vorhandenen Impfstoffe. Allgemein minderten die sogenannten Messenger-RNA-Impfstoffe sehr deutlich das Risiko schwerer Erkrankungen und von Todesfällen, erklärt der Immunologe, sie böten aber keinen langfristigen Schutz vor Ansteckung.
Im Gegenteil, sagt Radbruch: „Der Schutz vor Ansteckungen wird mit den Messenger-RNA-Impfstoffen immer mickrig und kurzfristig bleiben. Und zu häufiges Boostern macht ihn noch mickriger“, so der Immunologe.
Quelle: SWR
13. **Unstatistik des Monats: Wissenschaftler zerlegen Masken-Studie**
Der Gesundheitsminister berief sich in einem Tweet auf eine sogenannte Meta-Studie zum Maskentragen. Nun haben Experten genau diese Studie zur „Unstatistik des Monats“ gekürt.
„Für alle, die noch immer im Unklaren sind, ob Masken gegen Covid schützen: hier eine neue amerikanische Mega-Studie, die über 1700 Studien auswertet“, schrieb Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach Ende Juli in einem Tweet. „Der Nutzen der Masken ist sehr groß, unumstritten und gilt für viele Bereiche.“ Lauterbach verwies auf eine Studie von sechs amerikanischen Wissenschaftlern, die in einem sogenannten Preprint erschien, also noch nicht von Fach-Wissenschaftlern (Peer-

Review) begutachtet wurde.
Nun haben Experten genau diese Studie zur „Unstatistik des Monats“ gekürt. Mit dabei der Berliner Psychologe Gerd Gigerenzer, Direktor emeritus am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und seit 2020 Direktor des Harding-Zentrums für Risikokompetenz an der Universität Potsdam.
Gigerenzer hatte 2012 mit einem Bochumer Ökonomen und einem Dortmunder Statistiker die „Unstatistik des Monats“ ins Leben gerufen. Diese regelmäßige Veröffentlichung soll unter anderem dazu beitragen, „mit Daten und Fakten vernünftig umzugehen, in Zahlen gefasste Abbilder der Wirklichkeit korrekt zu interpretieren und eine immer komplexere Welt und Umwelt sinnvoller zu beschreiben“.
Quelle 1: Berliner Zeitung
Quelle 2: rwi